

Auszug aus der Niederschrift

18. (optionale) Sitzung des Stadtplanungs- und Mobilitätsausschusses vom 21.03.2023

**8.1 Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt - Sachstand zur Umsetzung des Deutschlandtickets in Oberhausen
A/17/3271-01**

Herr Osmann begrüßt die Einführung des 49€ Tickets ab dem 01.05.23 und formuliert im Antrag der CDU-Fraktion einige Fragen zur technischen und rechtlichen Hürden für Oberhausen.

Herr Balkmann erläutert, dass der Ticketverkauf bei der StOAG am 03.04.23 startet und die Abonnenten und Großkunden informiert werden. Das Deutschlandticket gilt ohne Fahrradmitnahme, ohne Mitnahme einer zweiten Person und ohne erste Klasse. Dies als Zusätze dazu zu buchen wird bald aber gegen einen Aufpreis im VRR-Gebiet möglich sein.

Herr Osmann fragt nach ob, ein Vorgehen für die Mehrkosten in den Folgejahren nach 2023 und nach der Bundes-/Landesförderung bekannt sei und ob politische Beschlüsse erforderlich werden?

Herr Balkmann erklärt, dass es hierzu noch keine gesicherten Informationen gibt. Er werden Hochrechnungen vorgenommen und die Erfahrungen aus den ersten Jahr abgewartet.

Herr Osmann fasst zusammen, dass es somit nicht absehbar sei welche Kosten noch auf die Stadt zukommen könnten. Außerdem stellt er die Frage, ob unter dem Druck der Mehrkosten das ÖPNV Angebot in Oberhausen langfristig zu halten ist?

Frau Mauksch verweist auf ebendiese Diskussion im Städtetag und äußert, dass die Stadtverwaltung auf keinen Fall das Angebot verschlechtern will.

Herr Bandel vereinbart, dass die StOAG zum Ende des Jahres nochmal zu diesem Thema gehört werden soll.

Herr Müller-Böhm ergänzt, dass es sich bis 2025 um einen Erprobungszeitraum handelt und dass Effekte vom Mehrkosten für Kommunen beobachtet und gesteuert werden müssen.

Die Drucksache A/17/3271-01 wird zur Kenntnis genommen.